

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

7.2.1925 (No. 32)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur:
E. M. C. A.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge sind bis zum 1. Februar d. J. bei der Redaktion der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweise Beitreibung und Kontenübersichten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Die Finanzskandale

Als in der vorigen Woche bekannt wurde, daß in der Tat mehrere führende Politiker in ihrer Eigenschaft als Minister oder Abgeordnete Geschäftsfirmen Empfehlungsschreiben gegeben hatten, wurde diese Methode allenthalben als bedenklich und unkorrekt bezeichnet. Die Organe der rechtsstehenden Parteien überboten sich dabei in Bekundungen des Abscheues und der Verurteilung. Nachdem jetzt aber mitgeteilt worden ist, daß auch Herr Stresemann zu dem Spritzgießer Weber in Beziehung gestanden, für sein (Stresemanns) Berliner Organ zweimal größere Summen, zusammen mehr als 20 000 Mark gezahlt bekommen und Weber empfohlen habe, erklären deutschvolksparteiliche Blätter zu unserem Staunen, „das sei etwas ganz anderes“.

Wir können dieser Meinung nicht beipflichten. Entweder ist es zu verurteilen, daß ein führender Politiker sich mit Reuten einläßt, die später als Schieber und Betrüger entlarvt werden, oder man hält solches für statthaft, bezw. entschuldbar. Entscheidet man sich für die erste Auffassung, dann hat sie für alle zu gelten. Unterschiede der Person kann man dann nicht machen, und man kann wohl auch nicht die Ausrede gebrauchen, daß dieser oder jener von dem wahren Charakter seines Schützlings vorher nichts gewußt habe. Selbstverständlich wird kein Abgeordneter oder kein führender Politiker sich mit einem Geschäftsmann einlassen, wenn er Grund zur Annahme hat, daß dessen Geschäfte faul sind. Der gute Glaube ist zunächst jedem dieser Politiker zugestehen.

Andererseits sollte das Wort des allerdings selbst in den Fall verwickelten früheren Präsidenten der Seehandlung, Herrn von Dombos, überall gehört werden, daß nämlich einem Geschäftsmann, der Empfehlungen von Politikern nötig hat, grundsätzlich mit einem gewissen Mißtrauen zu begegnen sei. Es müßte denn gerade sein, daß die Verhältnisse schon so geworden sind, daß auch der ehrliche Kaufmann ohne solche Protektionen nicht mehr in den Besitz eines Auftrags gelangen kann. Daß solche Zustände bei uns bestehen, wird man, und zwar auch angefaßt der Berliner Finanzskandale, im allgemeinen nicht behaupten wollen.

Weiter haben die Anklagen und Vorwürfe, die man gegen die mit Varnat bekannten und befreundeten Politiker erhebt, inzwischen eine wesentliche Verschärfung erfahren. Zumal der frühere Reichskanzler Bauer ist durch den Abdruck eines als echt anerkannten Briefes, der den Nachweis dafür erbringt, daß Bauer pekuniäre Vorteile von Varnat gehabt hat, in peinlicher Weise bloßgestellt, und seine Fraktion hat ihn ja auch bereits zur Nichtausübung seines Reichstagsmandats aufgefordert. Bauer ist dieser Aufforderung nachgegeben. Aber auch sonst wird jetzt von einer Seite, die offenbar f. Z. selbst zum Varnatschen Kreise gehört hat, allerlei veröffentlicht, was den ganzen Fall in einem recht trüben Lichte erscheinen läßt. Und unsere neulich hier ausgesprochene Vermutung, daß wahrscheinlich schon wieder der nächste Tag die Aufdeckung neuer Finanzskandale bringen werde, ist nur zu richtig gewesen.

Erfreulich bleibt bei alledem, daß die durch den Varnat-Skandal berührten Parteien selber eine rückwärtslose Untersuchung und Klarlegung fordern. Und es ist ja auch ohne weiteres klar, daß man diese Parteien als solche für die Verfehlungen und Dummheiten einzelner nicht verantwortlich machen kann, zumal der Begriff einer derartigen Verantwortlichkeit praktisch gar nicht besteht. Allerdings muß sich eine jede Partei, die das Recht hat, daß einzelne ihrer Mitglieder kompromittiert werden, es sich gefallen lassen, daß die ihr feindlich gegenüberstehenden Parteien die Angelegenheit gründlich ausschlichten.

Bei diesem Beginnen sollte aber etwas mehr Vorsicht geübt werden! Es ist noch nicht aller Tage Abend. Und gewiß stehen uns noch einige Enthüllungen bevor. Das Recht, Dummheiten zu machen, ist gewiß nicht das Alleinrecht einer Partei. Und schon allein die Vorwürfe, die jetzt gegen Herrn Stresemann erhoben werden, mahnen die Öffentlichkeit, alle diese Dinge lieber ganz objektiv und unbefangen, d. h. ohne die parteipolitische Seite, zu untersuchen. Dabei kann man dann immer noch bei dem Grundsatz bleiben, daß die Tat desjenigen, der vorher am meisten über Korruption geschrien hat und nun selber ein paar Spritzer auf der Weste davonträgt, besonders streng zu beurteilen ist.

Wir haben neulich schon an dieser Stelle bargelegt, daß das Ganze wohl als eine Art Reinigungsprozess zu betrachten ist. Und wir leben zu unserer Genugtuung, daß

angesehene finanzpolitische Zeitschriften, die durchaus nicht im Verdacht der Parteilichkeit stehen, gleichfalls diese Auffassung vertreten. Vergessen wir im übrigen auch nicht, daß die Aufgaben des Jahres 1919 auf wirtschaftlichem Gebiete (vor allem Sicherstellung der Volksernährung) infolge der Blockade so unsagbar schwierig waren, daß man es menschlich begreifen kann, wenn einzelne unpraktische und in Geschäftsdingen unbewanderte Politiker dabei gelegentlich vorbeigegriffen haben. Die Gefundung konnte ja überhaupt erst mit der Stabilisierung unserer Währung und mit der Erledigung des Reparationsproblems kommen. Im Prozeß dieser Gefundung befinden wir uns j. Zt. mitten drinnen. Aber es ist aus der medizinischen Wissenschaft bekannt, daß ein solcher allgemeiner Gesundungsprozess immer noch hie und da einzelne Erscheinungen krankhafter Natur zeitigt, die man dann als Reinigung des Blutes aufzufassen hat. Hoffen wir, daß unserm Volke der jetzt eingeleitete Reinigungsprozess schließlich zum Segen gereicht!

Die Revolution in Rio Grande do Sul

Die traurige Lage der deutschen Kolonisten in Südbraasilien

Aus Buenos Aires wird uns geschrieben: Nach hier eingetroffenen Nachrichten — deren unbedingte Zuverlässigkeit allerdings nicht verbürgt werden kann, da die Stimmung gegen die legitime brasilianische Regierung in Argentinien keine besonders günstige ist — ist die Lage der Regierungspartei in den Kämpfen in Rio Grande do Sul eine recht unerfreuliche. Unter den zahlreichen Meldungen dieser Art sind zwei von besonderer Bedeutung. Die eine besagt, daß General Ronzon, der gegen die am Parana versammelte Revolutionsarmee aus Sao Paulo vorzugehen beauftragt war, geschlagen worden sei, und daß die Revolutionsführer Zidoro Lopes und Joao Francisco ihre am Parana stehenden Truppen dem Kommando eines anderen Generals übergeben und sich selbst nach dem Süden begeben hätten, um den militärischen Oberbefehl über die in Rio Grande do Sul kämpfenden Truppen zu übernehmen. Könnten die Generale vom Parana fortgehen, so läßt das immerhin darauf schließen, daß dort die Kampfplage für die revolutionären Truppen günstig geworden war.

Noch bedenkllicher für die Sache der legitimen Regierung ist die Meldung, daß Dr. Affis Brasil, bekanntlich der Gegenkandidat des Staatspräsidenten von Rio Grande do Sul, der sich bisher auf argentinischem Boden aufgehalten und der neuen Revolution gegenüber eine abwartende Stellung eingenommen hat, nunmehr die politische Leitung der neuen Revolution übernommen hat. Dadurch wird der Bewegung zweifellos eine große Anzahl neuer Anhänger zugeführt und damit erhöht die ganze Lage einen für die brasilianische Bundesregierung sowohl wie besonders für die Staatsregierung von Rio Grande weit ernsteren Charakter.

Sehr unbequem für die brasilianische Regierung ist es auch, daß durch die dauernden Grenzverletzungen bei den Kämpfen, bei denen es oft zu Schießereien mit uruguayischen Grenztruppen kommt, die nicht selten einen tödlichen Ausgang haben, das Verhältnis zu Uruguay verschlechtert wird.

Der gegenwärtige Zustand ist auch für die Deutschen in Rio Grande do Sul außerordentlich nachteilig. Die deutschen Kaufleute in diesem Staate leiden darunter, daß der ganze Eisenbahnverkehr unterbunden ist, der Handel vollständig still liegt und die Banken sich völlig zurückhalten. Darunter leiden auch die deutschen Kaufleute in Porto Alegre erheblich, obwohl diese Stadt dem westlichen Revolutionsgebiete ziemlich fern liegt.

Wiel trauriger aber ist die Lage der Tausende von deutschen häuerlichen Kolonisten im westlichen Revolutionsgebiete selbst. Dort haben sich wieder, wie während der Revolution von 1923, größere Banden gebildet, welche die deutschen Kolonisten überfallen und ausplündern und diejenigen, die sich der Wegnahme ihres Eigentums widersetzen, mißhandeln. Schon im Jahre 1923 haben diese armen deutschen Kolonisten schweren Schaden gehabt und sie waren deshalb glücklich, als Ende des Jahres der Friede zwischen den kämpfenden Parteien hergestellt wurde, aber diesmal sollen die Übergriffe der revolutionären Banden noch viel schlimmer sein, als im Jahre 1923. So wird der bescheidene Wohlstand, den sich deutsche Bauern durch die Arbeit von Generationen in Südbraasilien erworben haben, durch den Ehrgeiz unruhiger Politiker zerstört.

Politische Neuigkeiten

Die Indeziffern

Die auf den 4. Februar berechnete Großhandelsindeziffer ist gegenüber dem Stande vom 28. Januar (140,4) um 2,0 Prozent auf 136,7 zurückgegangen. Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten für den 4. Februar blieb mit 124,8 gegenüber der Vorwoche (124,4) nahezu unverändert. Für den Durchschnitt im Januar ist gegenüber Dezember d. J. (122,6) eine Steigerung von 1,1 Prozent (auf 124,0) festzustellen. Die Indeziffer für die Ernährungskosten allein beträgt im Durchschnitt Januar 136,6.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags

berlangten am Freitag bei Beratung des Etats des Verkehrsministeriums (Eisenbahnabteilung) die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, daß die bei Abschluß des Vertrags mit der Reichsbahngesellschaft gemachten Zusagen erfüllt werden und die Personalverordnung der Reichsbahn zur gesetzlichen Verabschiedung unterbreitet wird.

Diesem Forderungen gegenüber verlas der Reichsverkehrsminister Krohne einen Brief des früheren Staatssekretärs im Reichsverkehrsministerium und jetzigen stellvertretenden Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Vogt, worin bestritten wurde, der Reichsregierung feinerzeit eine derartige Zusage gemacht zu haben. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) wies darauf hin, daß Oeser überhaupt nicht zuzulassen konnte, ohne den international gebundenen § 24 zu ändern, sondern zugesagt habe, die zu erlassende Personalverordnung mit den Beamtenorganisationen zu beraten. Das sei denn auch geschehen. Es ist festzustellen, daß der ehemalige Reichsverkehrsminister sein Versprechen gehalten hat. Im übrigen sei Generaldirektor Oeser über allen Zweifel an seiner Beamtenfreundlichkeit erhaben.

Ein Vertreter des Finanzministeriums teilte mit, daß die Verwaltungsratsmitglieder jährlich 10 000 Mark erhielten; außerdem erhielten die Mitglieder des Arbeitsausschusses sowie die Mitglieder des Präsidiums wie üblich einen angemessenen Zuschlag für ihre besondere Mithleistung, dessen Höhe der Rechner auf einen Betrag hin etwa auf den gleichen Betrag von 10 000 Mark festsetzt. Bei der Einzelberatung wurde ein Antrag, den Kleinbahnenbau-Unterstützungsfonds auf 10 Millionen (statt 12 Millionen) festzusetzen, trotz Widerspruch des Vertreters des Finanzministeriums angenommen.

Der Rechtsausschuß des Reichstags

beschäftigte sich am Freitag mit den Anträgen Müller-Franken (Soz.), Schiele (DVP.) und Thaelmann (K.) auf Erlass eines Amnestiegesetzes.

Geh. Rat Werber teilte mit, daß die Regierung bei den Ländern wegen einer Amnestie Rücksprache genommen habe. Mit Ausnahme eines kleinen Landes sei eine ablehnende Haltung eingenommen worden. Preußen habe noch nicht geantwortet. Sobald die Antwort vorliegt, werde die Reichsregierung dazu Stellung nehmen. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums legte dar, daß über 1/2 der 1921 erfolgten Verurteilungen wegen politischen Verbrechen durch Wegnahme erledigt seien. Im ganzen sei die Zahl von angeblich 7000 politischen Gefangenen, die in der Presse genannt worden sei, maßlos übertrieben. Die wirkliche Zahl betrage höchstens den 10. Teil. In der hierauf vorgenommenen vorläufigen Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge abgelehnt. In der Abstimmung über den Antrag Kahl-Deutsche Volksp. und Rohmann-Allona (Deutschnational), der die Straffreiheit auf bestimmte Straftaten beschränkt, wurde Ziffer 1, welche Straffreiheit für die 1919 im Zusammenhang mit den Unruhen in Bayern verübten Straftaten gewähren will, angenommen. Die übrigen Ziffern dieses Antrages, die sich auf die beim Rapp-Bußch bei den Märzunruhen 1921 in Mitteldeutschland und 1922 im Zusammenhang mit der Lebensmittelknappheit begangenen Straftaten beziehen, wurden abgelehnt.

Die Finanzaffären

Der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost besaßte sich am Donnerstag und Freitag in Vollsitzungen erneut eingehend mit den Vorgängen, die die Kreditgeschäfte bei der Reichspost betreffen. Er nahm von dem Bericht seines zur Prüfung dieser Kreditgeschäfte und dabei den ehemaligen Reichspostminister Höfle treffenden Verantwortlichkeit, eingesetzten Untersuchungsausschusses Kenntnis. Die dem Untersuchungsausschuß erreichbaren Unterlagen gaben, wie WDW meldet, keinen Anlaß, an der Integrität und Pflichttreue der Beamtenchaft des Reichspostministeriums irgend welche Zweifel zu hegen. Das bei Prüfung der einzelnen Fälle gesammelte Material wird dem vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschuß übermittelt. Der Verwaltungsrat hat es ferner um eine künftige Wiederholung der bekannten bedauerlichen Vorgänge zu verhindern, für notwendig erachtet, für die Zukunft die Ausleihung öffentlicher Gelder der Reichspost an verstärkte Sicherheiten zu binden. Er beschloß zu diesem Zwecke neue Vorschriften für die Anlage und Verwendung der Postkassengelder.

Der Prüfungsausschuß der sozialdemokratischen Partei, der sich aus Vertretern der Reichstags- und Landtagsfraktion zusammensetzt, hat Freitag vormittag in der Angelegenheit Bauer-Varnat einstimmig entschieden, daß Bauer sein Reichstagsmandat niederzulegen habe. Bauer hat sich dazu bereit erklärt. Als sein Nachfolger im Reichstag kommt der sozialdemokratische BezirksparteiSekretär Hertl-Magdeburg in Betracht.

Der Berliner Lokalanzeiger hatte einen Brief veröffentlicht, der von dem Varnatschen Amerina-Konzern unter dem 22. September 1923 an den Reichskanzler a. D. Bauer gesandt worden war und der einen Kontoauszug für Bauer enthielt.

aus dem hervorgeht, daß Bauer die Summe von 850,31 Dollar und 1,915,700 Mark zu bekommen habe. Des weiteren wird in dem Briefe erwähnt, daß Bauer eine größere Summe in holländischen Gulden und deutscher Papiermark von Barmat erhalten habe.

Der „Vorwärts“ teilt das Faktum eines Empfehlungsschreibens mit, das vom 28. Oktober 1923 datiert ist, und worin gebeten wird, der Depositen- und Handelsbank A.-G., die im Interesse des Reiches tätig ist, und gewisse Aktionen für daselbe vornimmt, das unbeschränkte Depositionsrecht, Devisenrecht und die Wertschulassung zu verschaffen. Es wird noch bemerkt, daß Eile geboten sei, und gebeten, möglichst jeden Verzug zu vermeiden. Das Schreiben ist unterzeichnet von Reichspostminister Dr. Höffe und trägt weiter die Unterschriften des Reichszanklers Strefemann, und des Reichsverkehrsminister Deser, die ihr Einverständnis erklären.

Dazu erfährt W.W. von unterrichteter Stelle: Die Urkunde ist echt. Diese Empfehlung wurde am 28. Oktober 1923 durch den Reichspostminister ausgestellt, damit der Depositen- und Handelsbank für im Interesse des Reiches vorzunehmende Halbeinkäufe die Erlaubnis zum Devisenhandel erteilt werde. Der damalige Reichszankler Dr. Strefemann und Verkehrsminister Deser haben auf Wunsch des Reichspostministers Höffe ihr Einverständnis erklärt. Als wenige Tage darnach über die Depositen- und Handelsbank vonseiten des Devisenkommissars ungünstig berichtet wurde, wurde die sofortige Einziehung des Empfehlungsschreibens angeordnet. Das Schreiben wurde am 18. November wieder eingezogen, so daß es sich nur etwa 14 Tage in den Händen der Depositen- und Handelsbank befand.

Laut „Vorwärts“ hat der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt durch seinen Rechtsbeistand die Berliner Staatsanwaltschaft ersucht, gegen die Berliner Zeitung „Der Tag“ im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung zu erheben, da die Behauptung des „Tag“, Schmidt sei mehrfach Gast von Barmat im Hotel Bristol gewesen, ihn in seiner amtlichen Eigenschaft als Minister der Korruption verdächtigt und in seiner Ehre herabgesetzt habe. Die Staatsanwaltschaft hat das Ersuchen abgelehnt mit der Begründung, daß sie in der betreffenden Notiz eine Beleidigung nicht erblicken könne. Reichsminister a. D. Schmidt hat gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt und ist, wie der „Vorwärts“ berichtet, entschlossen, die Beschwerde bis zum preussischen Justizminister durchzuführen.

In seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags hatte der Abgeordnete Heilmann ein Empfehlungsschreiben vorgelesen, das, wie er behauptet, Dr. Strefemann, dem jetzt wegen umfangreicher Schwindelgeschäfte gerichtlich verfolgten Spiritus-Weber in das Reichskabinett eingeführt. Diese Behauptung wurde von einer Dr. Strefemann nahestehenden Seite in der Presse bestritten. Das „W. T.“ hält diese Behauptung aufrecht und teilt außerdem noch mit, Weber habe Strefemann für dessen Berliner Organ, „Die Zeit“, zweimal größere Summen, zusammen mehr als 20 000 Mark, gezahlt.

Kurze Nachrichten

Die Süddeutsche Reise des Reichszanklers, Reichszankler Dr. Lutzer wird am Dienstag vormittag in München eintreffen und Besprechungen im Ministerium des Inneren mit dem Ministerpräsidenten und den Ministern abhalten. Darauf findet Empfang im Staatsrat und im Rathaus statt. Sodann wird der Reichszankler nach Stuttgart und Karlsruhe weiter reisen.

Aber den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gibt der „Petit Parisien“ ein optimistisches Bild. Die großen Linien eines Entwurfes für einen modus vivendi — so behauptet das Blatt, — der als Vorbote für den endgültigen Handelsvertrag dienen solle, seien grundsätzlich festgelegt. Man bereite den Text vor, an dessen Ausarbeitung die Sachverständigen einige Tage arbeiten und dann die Vollzügen wieder aufnehmen würden. Die nächste Sitzung sei bereits für Montag festgesetzt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte ihren bisherigen Vorstand wieder und erweiterte ihn durch Zuwahl von vier Mitgliedern. Der neue Vorstand setzt sich demzufolge durch folgende Mitglieder zusammen: Vorsitzender: Dr. Scholz, stellvertretender Vorsitzender: Dr. Curtius, Dr. Kempfers, Dr. Sapp, Geschäftsführer: Weininghaus, stellvertretender Geschäftsführer: Morath, Beisitzer: Dr. Weder, Weithien, Dr. Kalle, Hepp, v. Kardorff, Frau Kende, Dr. Kunkel, Thiel, Westermann und Winnefeld.

Karlsruher Konzerte

Obwohl der gegenwärtige Augenblick allgemeiner und über-toller Lustigkeit ersten Veranstaltungen sehr gefährlich scheint, hatte das fünfte Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters dennoch ein vollbesetztes Haus. Es war allerdings das einzige Konzert der ganzen Woche und bot zudem der Hörerschaft ein sehr abwechslungsreiches Programm. Nicht weniger als drei verschiedene Stabführer traten z. B. aus Dirigentenpult; man geriet bei dieser Dreifachheit und Appigkeit der leitenden Gehalten fast in die Versuchung, vergleichsweise über die Dirigierpartei einiges zu sagen. Doch waren die drei fremden Gäste zugleich als Autoren in der Vortragsfolge genannt, sie kamen also in erster Linie als Komponisten zu uns und damit entfällt jede diesbezügliche Voraussetzung, zumal die beiden mitgebrachten Novitäten an sich schon viel Aufmerksamkeit erforderten und das Interesse von der Dirigentenpartei auf das Sachliche zurücklenkten.

Josef Rosenfeld, der zur Zeit in Darmstadt als Kapellmeister wirkt, gehört zur gemäßigten modernen Schule. Seine „Düver-türe zu einem heiteren Spiel“ (op. 5) übertrug weder durch harmonische Absonderlichkeiten noch durch sonstige Wobex-travaganzen; sie entfernt sich nur um wenige Zoll von den durch Strauß und Schreker gebildeten Pfaden. Das heraus-zuhören, verlangt nicht allzuviel Aufmerksamkeit, es wäre aber trotzdem verfehlt, den jungen Komponisten nun einfach zu einem Nachahmer dieser beiden Zeitgrößen zu stempeln. Er mußte allerdings gefällige, sorglose und unkomplizierte, aber doch mit so starker Intensität des Fühlens, daß jene oberflächliche Charakteristik zur Orientierung über seine „Musik“ keineswegs genügt, sondern durch den Zusatz ergänzt werden muß, er tue das alles mit viel gesundem Humor, mit wirklichem Wit und Sprit. Sehr energisch melbet sich auch zuweilen Temperament, doch so daß künstlerisches Wollen und ästhetische Wirkung immer noch im Einklang stehen. Der Publikumserfolg war wohl berechtigt und auch hinsichtlich der wohlklingend, knapp und durchsichtig durchge-

Deutscher Reichstag

Eine Sozial-Debatte

W.W. Berlin, 6. Febr.

Beginn nachmittags 1 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht die Einzelberatung des

Etats des Reichsarbeitsministeriums

in zweiter Lesung.

Bei Besprechung der sozialen Fürsorge fordert Abg. Karsten (Soz.) eine Erhöhung der Invalidenrenten. Aber auch alle übrigen Sozialversicherungen bedürfen dringend einer Aufbesserung.

Abg. Dr. Wolbenhauer (DVP.) hält eine gründliche Reform der Sozialversicherungsgesetze für notwendig. Dadurch würden sich Ersparnisse erzielen lassen, die wiederum Sozialrentnern zugute kommen könnten. Ein wesentlicher Ausbau der Angestelltenversicherung würde sich auch ohne eine erhebliche Erhöhung der Beiträge ermöglichen lassen. In keinem Staat der Welt würden die Invalidenrenten die volle Höhe des Arbeitsverdienstes erreichen.

Abgeordnete Frau Arensee (Kommunist.) verlangt eine Verdiefung der Invalidenrenten auf 56 Mark.

Abg. Andree (Z.) betont, für die voll Erwerbsunfähigen und die Hinterbliebenen von Berufstätigen müsse besser gesorgt werden. Bei der Angestelltenversicherung müsse die Gehaltsgrenze erhöht werden.

Abg. Biegler (Dem.) bezeichnet es als das Ziel einer Reform der Sozialversicherung, möglichst hohe Leistungen mit möglichst geringen Beiträgen zu erreichen. Die Voraussetzung dafür sei eine wesentliche Einschränkung der Verwaltungsausgaben. Mit der Invalidenrente von durchschnittlich 14 Mark pro Monat sei unmöglich auszukommen.

Abg. Behrens (DVP.) bei der Aufwertung dürfe man nicht an den Trägern der Sozialversicherung vorbeigehen.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) begründet den Antrag seiner Partei, der das Angestelltenversicherungs-Gesetz dahin ändern will, daß bei solchen Versicherungen, die ihre Wartzeit abgefügt haben, der als Prämienreserve eingezahlte Kapitalbetrag bei der Rentensfestsetzung angemessen berücksichtigt wird.

Das Kapital Sozialversicherung beim Haushaltsplan des Reichsarbeitsministeriums wird sodann in der Ausschussfassung angenommen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) begründet sodann einen sozialdemokratischen Antrag, der eine gesetzliche Erhöhung der Mindesthöhe der Wochenhilfe und Familienwochenhilfe um 50 Prozent fordert, ferner ein Gesetz wünscht, das die Wochenfürsorge aus der Fürsorgepflicht heraus nimmt und wieder auf das Reich überträgt. Der Antrag wünscht weiter, daß das Washingtoner Übereinkommen vom Reichstag ratifiziert wird, das die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft regelt.

Ministerialdirektor Grießer vom Arbeitsministerium erklärt, daß das Washingtoner Übereinkommen, das sich mit dem Schutz der Wöchnerinnen befaßt, dem Reichstag demnächst vorgelegt werden wird. Die Übernahme der Fürsorgepflicht auf das Reich werde sich vorläufig nicht ermöglichen lassen. Es sei bedauerlich, daß immer versucht würde, alle Lasten auf das Reich abzuwälzen.

Abg. Frau von Everber (DVP.) tritt ebenfalls für den besonderen Schutz der Wöchnerinnen, insbesondere vor und nach der Niederkunft ein und weist darauf hin, daß besonders die Frauen auf dem Lande in dieser Beziehung geschützt werden müßten. (Hört, hört, links.)

Abg. Frau Lübers (Dem.) meint, so lange die Fürsorgepflicht nicht zentralisiert sei, müsse das Reich darauf dringen, daß die zuständigen Gemeindefürsorgestellen ihrer selbstverständlichen Pflicht in dieser Beziehung nachkommen, was in vielen Gemeinden bis jetzt nicht geschehe. Die Bestimmungen über die Wochenhilfe müßten in das Fürsorgepflichtgesetz hinein.

Abg. Frau Arensee (Komm.) trat dafür ein, daß das Reich die gesamten Pflichten und Kosten auf sich nehme. Die Hebammendienste müßten für die Wöchnerinnen kostenlos sein, denn von der geringen Wochenhilfe könnten die Hebammen nicht bezahlt werden. Auch müßte eine Hebammen-Dienstpflicht eingeführt werden.

Der Antrag Frau Schröder (Soz.) wird hierauf dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Die Entscheidung des Ausschusses zur Wochenhilfe wird angenommen, die kommunistischen Anträge werden abgelehnt.

Zur Besprechung kommt dann die

Beteiligung der deutschen Regierung am internationalen Arbeitsamt

in Genf.

Abg. Lambach (DVP.) wendet sich gegen die weitere Beteiligung Deutschlands an dem internationalen Arbeitsamt und gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, welches schließlich auch nur ein Bestandteil des Versaillescher Handelsvertrages sei. Von den 230 Angestellten des interna-

tionalen Arbeitsamtes sind im ganzen sechs Deutsche. (Hört, hört rechts.) Die Mitgliedschaft bei der internationalen Arbeitsorganisation kann wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen einen Mitgliedsstaat, also auch gegen Deutschland bei Annäherung von Beschwerden durch den internationalen Gerichtshof herbeiführen. In diesem internationalen Gerichtshof ist aber Deutschland nicht vertreten.

Abg. Kemmer (Dem.) hält die Mitgliedschaft in der internationalen Arbeitsorganisation für notwendig. Der Redner wachte sich dann gegen die 700 Millionenentschädigung, die die Regierung der Ruhr- und Rheinindustrie gewährt hat. Er richtet unter dem Beifall der Linken an die Industriellen die Frage, ob sie bereit seien, bei den Tarifverhandlungen auch die Wunden zu heilen, die 1923 und 1924 der deutschen Arbeitskraft zugefügt worden seien. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei notwendig. Die Landesregierungen müßten angehalten werden, die jüngste Arbeitsverordnung aufrichtig durchzuführen.

Abg. Stengerwald (Z.) begründet einen Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, die rückständigen Beiträge Deutschlands zur internationalen Arbeitsorganisation in einem Nachtragsetat anzufordern, zugleich aber auch volle Gleichberechtigung innerhalb der internationalen Arbeitsorganisation mit allen Kräften hinzuwirken, insbesondere dafür zu sorgen, daß auch die deutsche Sprache als Amtssprache zugelassen wird.

Nach 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Samstag Nachm. 1 Uhr verlagert, nachdem Präsident Lobe noch mitgeteilt hat, daß der Reichstagsabg. Bauer (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe.

Badischer Teil

Die Reichsgründungsfeier an der Universität Freiburg

Auf die kurze Anfrage des Abg. Dr. Föhr, betr. Reichsgründungs-Gedächtnisfeier der Universität Freiburg, hat Ministerialrat Dr. Schwörer vom Ministerium des Kultus und Unterrichts folgende Regierungserklärung verlesen:

„In der Aula der Universität Freiburg fand am 17. v. Mts. die Reichsgründungs-Gedächtnisfeier der Universität statt, bei der Prof. Dr. Frhr. Marschall v. Bieberstein eine Festrede über Recht und Gesetz hielt. Die Unterrichtsverwaltung war bei diesem Festakt nicht vertreten, erhielt aber am 20. v. Mts. über den Inhalt der Rede den nachstehenden Bericht des Senats der Universität Freiburg vom 19. v. Mts.:

„Bezüglich der am 17. Januar bei der Reichsgründungsfeier der Universität gehaltenen Festrede des Herrn Prof. Dr. Frhr. Marschall v. Bieberstein stellt der Senat fest, daß er für solche Einzelheiten des Vortrags, die Andersdenkende zu verlegen geeignet waren, nicht eintreten kann, auch nicht unter Berufung auf die Freiheit der Lehre. Vielmehr bedauert der Senat, ebenso wie der Redner selbst in einem heute an den Senat gerichteten Schreiben, die unbestimmten Entgleisungen auf das Lebhafteste. Das Bedauern des Senats ist umso größer, als der Vortragende im übrigen das offenkundige Bestreben zeigte, der heutigen Staatsordnung gerecht zu werden.“

Dieser Bericht sowie Zeitungsberichte und Auslagen von Zuhörern gaben dem Unterrichtsministerium Anlaß, durch einen Erlaß vom 20. v. Mts. an den Senat, sowie durch ein Telegramm vom 23. v. Mts. an Frhr. von Marschall die Vorlage des Manuskriptes der Rede zu fordern. Prof. Frhr. v. Marschall weigerte sich darauf mit Bericht vom 24. v. Mts., das Manuskript vorzulegen. Er äußerte sich aber zugleich über den Inhalt seiner Rede, wobei er an die Spitze seiner Ausführungen stellte, daß ihm jegliche Absicht, irgend Jemanden zu verlegen, völlig fernzulegen habe. Er fährt weiter fort: „An zwei Stellen, die vielleicht einer Beanstandung ausgesetzt sein konnten, hatte ich daher, um ganz sicher zu gehen, die Streichung einiger Worte vorgenommen; — aber leider ist mir infolge der schlechten Beleuchtung und meines

führten Instrumentierung bedient, die das Werk — rein technisch — über den populären Geschmack weit hinaushebt.

Wenn man behauptet, daß das Wesentliche der in der anderen Novität des Abends gezeigten Kunst schon der Vergangenheit angehört, so ist das allerdings ein milder Vorwurf, aber doch auch der Versuch, dem Violinkonzert in a-moll von dem Berliner Tonidioten Max Trapp möglichst gerecht zu werden. Mr. Trapp hat unlängst in einem „Selbstbekenntnis“ stolz verkündet, Natürlichkeit sei Kraft, Gesundheit, Wahrheit und Größe, der Intellekt verleihe zur Lüge. Er wiederholte damit etwas für die Musiker aller Nationen und Zeiten eigentlich Selbstverständliches. Wenn Adolf Weismann, der ziemlich links stehende Berliner Kritiker, in einem neuen Buch („Die Musik der Sinne“) schreibt, Musik sei Spiel und jeder Intellektualismus ihr Feind, so ist doch wohl das gleiche gemeint. Die Schwierigkeiten beginnen erst, wenn man Genauerer über die Begriffe „Natürlichkeit“, „Spiel“ und „Intellekt“ erfahren will. Darauf gibt nun das Violinkonzert für Trapp wenigstens eine klare Antwort. Natürlich ist für ihn der nachdemodisohnische Romantismus, musikalisch aus eine starke Verwechslung der Form, in der sich ein melodischer Faden endlos fortspinnen läßt. Der Intellekt dagegen ist bei ihm so reiflos ausgeschaltet, daß eine selbstkritische Überlegung ihm gar nicht zum Bewußtsein bringt, wie unproportional sein Werk nun eigentlich geraten ist. Innerlich und äußerlich. Wohl ist eine dreifache Grundanlage zu erkennen, aber ihre Geschlossenheit wird ganz willkürlich gelodert. Erträglich erschien mir nur ein eingetragenes, auch in der Melodik gehaltenes Adagio cantabile. Dagegen gibt es weder im ersten Teil noch im leicht graziösen Schlußsatz so etwas wie eine thematische Entwicklung und einen auf Soloinstrument und Orchester gleichmäßig verteilten Periodenbau. Das Konzert hört sich wie eine große Sololobenz an mit unmotiviert dazwischen geworfenen orchestralen Aperçus. Es existieren allerdings auch Violinkonzerte, in denen das Soloinstrument gänzlich vom großen Apparat erdrückt wird. Man muß also immerhin anerkennen, daß dieser grobe Fehler vermieden wurde. Aber

bedrückt ist man ebensowenig über die dürftige Sauberkeit der Fassung und die übertriebene Verwendung des technischen Mittels, wenn Beides nur dazu dienen soll, weißlich das Können eines selbstgefälligen und gebiegenden Geigers zu untermalen. Prof. Gustav Havemann-Berlin nahm als Solist die günstige Gelegenheit wahr, seine ausgezeichneten Qualitäten zu zeigen. Wo seinem Spiel das präzisierende, Sprühende, Zwingende fehlte, lag es an dem spärlichen Charakter des Werkes, das eben keinerlei Reichtum an differenzierten Farben besitzt. Reihhafter Beifall galt in erster Linie dem Solisten, doch wurde auch der Komponist mehrfach gerufen, weil man ihm immerhin für ein Werk zu danken hatte, das unter dem Signum der Solidität und Tüchtigkeit geboren wurde.

Als sinfonisches Hauptwerk des Abends erfuhr S. Berlins „Sinfonie fantastique“ nach jahrzehntelanger Pause eine sehr lebendige Wiederaufführung unter Alfred Brendels Leitung, der sich vom feurigen Impuls der Partitur willig mitteilen ließ. Ästhetische Bedenken gegen die programmatische Einstellung des Werkes werden natürlich bei jeder neuen Begattung stets auftauchen, bei wiederholtem Hören wird man sich auch erst recht bewußt, auf welche gefährlicher Grenz-schleife zwischen künstlerischer Vertiefung und virtuoser Verschwendung Verlöslich eigentlich steht. Trotzdem wird kein Orchester, der sich den offenen Blick für grundmusikalisches Wesen für wirkliches Temperament und souveräne Beherrschung aller Ausdrucksmittel bewahrt hat, sich dem Rauber dieser Ton-Wunderwelt ganz entziehen können, er wird Verlöslich sogar dankbar sein, daß er seinem Liebesabenteuer mit einer übrigens sehr kühlen Engländerin diese modern-aktuelle, beinahe expressionistische Fassung gegeben hat. Die etwas prägnanten in sehr breiten Rahmen, gleichsam al fresco gehaltenen Juraaufstellung von soviel fantastischen Dingen fand stärkstes Interesse und lebhafteste Anerkennung. Neben dem Dirigenten, der (wie man hört) seine Position am Landestheater aufzugeben gedankt, wurde auch dem Orchester herzlich gedankt.

durch hohes Fieber stark beeinträchtigt. Gesundheitszustandes das Mißgeschick zugestanden, diese beiden Stellen in der Erregung des Augenblicks mit vorzutragen. Dies habe ich sofort in einem Schreiben an den Senat aufgeklärt und habe insbesondere der theologischen Fakultät mein aufrichtiges Bedauern ausgesprochen.

Die erste der beiden von Prof. v. Marschall angezogenen Stellen lautete nach seinem Berichte wörtlich: „Hier nimmt nicht eine gültige Cathedra Petri uns unsere eigene Entscheidung ab — auch nicht die Wissenschaft; sie kann uns höchstens helfen, doch die Verantwortung bleibt uns allein.“ Prof. v. Marschall wollte damit, wie er versichert, unterstreichen, daß in der großen Lebensfrage, ob das formale Gesetz oder unser sittliches Bewußtsein im letzten Zweifelsfalle für unser Verhalten maßgebend sein müsse, keinerlei äußere Autorität, und wäre sie noch so hoch geachtet, uns die eigene, autonome Gewissensentscheidung abnehmen könne.

Die zweite Stelle lautet nach dem von Prof. v. Marschall in Urkschrift vorgelegten Blatte des Manuskripts folgendermaßen:

„An dem Gesetzesrecht gemessen waren objektiv die Willensakte der Usurpatoren, (der Herren Ebert, Haase und Genossen) diese eingeklammerten Worte im Manuskript gestrichen, die sich angebliche „Gesetzeskraft“ beilegte (— de facto freilich die Gesandung vorbereitend —), doch nichts als Hochverrat! Sie konnten keineswegs der Nationalversammlung die Befugnis geben, die „vorläufige Reichsgewalt“ zu schaffen. Die mußte ihr auf andere Weise werden! Wird sie ihr nicht zuletzt nur durch die Überzeugung, die uns beherrschte, daß durch sie allein der Weg zur Wiederkehr der Ordnung führen würde?“

Prof. v. Marschall hat diesen Teil seiner Rede in seinem Bericht näher begründet, dabei aber zugegeben, daß es „gänzlich unnötig“ war, dadurch Anstoß zu erregen, daß die Namen der Volksbeauftragten in diesem Zusammenhange erwähnt wurden. Er fügt dieser Erklärung wörtlich bei: „Daß ich an dieser Stelle die (für mein Gefühl ganz selbstverständliche) Streichung übersehen konnte, beweist mir, wie hochgradig mein starkes Fieber meine Zurechenbarkeit beeinträchtigt haben muß. Daß aber der ganze, die heutige Staatsordnung gerade stützende Grundgedanke so verkannt werden konnte, während die bedauerliche formale Entgleisung hafte blieb, zeigt doch auch, wie unaufmerksam oder wie voreingenommen manche Hörer gewesen sein mögen.“

Das Unterrichtsministerium hält es für unmöglich, sich über das Verhalten des Prof. v. Marschall ein abschließendes Urteil zu bilden, ohne von der gesamten Rede Kenntnis zu haben. Die weiteren Feststellungen erfolgen z. B. durch ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Professor Frhr. von Marschall; das Verfahren ist durch das Unterrichtsministerium mit Erlaß vom 26. v. Mts. eröffnet worden.

Was den Fadelzug zum Bismarckdenkmal auf dem Schloßberg vom 17. v. Mts. anlangt, so handelte es sich hier nicht um eine Univerfitätsfeier. Der Fadelzug ist nicht von dem Allgem. Studentenausschuß, sondern vom Hochschulring Deutscher Art, dem ein Teil der Studentenschaft angehört, gemeinsam mit nicht in Verbindung mit der Univerfität stehenden Verbänden, nämlich dem Jung-Deutschen Orden und dem Widling-Bund, veranstaltet worden. Nach dem Bericht der Polizeidirektion Freiburg waren an dem Fadelzug etwa 600 Studenten beteiligt. Auf dem Wege zum Schloßberg wurde, wie die polizeilichen Erhebungen ergeben haben, von den Anhängern der Verbände — nicht von der Studentenschaft

— das Ehrhardtlied gesungen. Auf dem Schloßberg hat ein Student eine Rede gehalten, die, wie amtlich berichtet wird, Anlaß zu Beanstandungen nicht gibt. Andere Reden sind nicht gehalten worden.

Zugendliche Ausschreitungen der Studentenschaft sind nicht zur Kenntnis des Unterrichtsministeriums gekommen, sodaß für die Unterrichtsverwaltung zu einem Einschreiten ein Anlaß nicht vorliegt.“

Badischer Landtag

Schulfragen im Haushaltsauschuß

Am Mittwoch, den 4. Februar, trat der Haushaltsauschuß in die Beratung der vorliegenden Schulanträge ein. Bericht erstatter war hierfür der Abg. Dr. Glodner, der zunächst einen eingehenden Bericht über die vorliegenden Anträge gab. Wie in keinem andern Zweig der Staatsverwaltung, steht auf dem Gebiet des Volksschulwesens eine unerträglich hohe Zahl von nichtplanmäßigen Stellen den planmäßigen gegenüber. Ferner liegen Anträge vor, welche in gleicher Richtung eine Umänderung der Personalabbauperordnung wünschen. Die Regierung legt einen Vorschlag zu Abänderungen des Schulgesetzes vor, das im wesentlichen folgendes anstrebt:

„An Volksschulen mit 2-4 Lehrern kann je 1 Unterlehrer angestellt werden. Beträgt die Zahl der Schulkinder dauernd mehr als 120 oder 180, so sind 2 oder 3 Hauptlehrer anzustellen. An allen übrigen Volksschulen soll die Zahl der Hauptlehrerstellen ein Fünftel der Gesamtzahl der Lehrerstellen nicht übersteigen.“ Die Annahme der Regierungsvorlage würde rund 600 Unterlehrerstellen in planmäßige umwandeln. Von der Regierung wurde erklärt, diese Maßnahme sei nur möglich, falls im Nachtragsetat diese Umwandlung nicht als Änderung der Einstufungsverteilung ersehe. Ein soeben. Redner protestierte gegen diese Absicht; mit der einen Hand beseitigt man alles Unrecht, um mit der andern Hand ein neues zu schaffen. Zudem sei nicht ersichtlich, warum diese Rauten nötig seien; die finanzielle Auswirkung betrage nach den Mitteilungen der Regierung für den Staat 60 000 Mark, für die Gemeinden 45 000 Mark, also eine verhältnismäßig geringfügige Summe.

Ein demokratischer Redner begründete in eingehender Weise die Anträge seiner Fraktion, die zum Teil weitergehen als die Regierungsvorlage; ebenso ein Vertreter der Deutschen Nationalen und eine Vertreterin des Zentrums, dessen Antrag hinter der Regierungsvorlage zurückblieb.

Eine große Rolle in den Verhandlungen spielt noch die Verabfolgung der Schülerzahl und die Berechnungsziffer 85 Schüler auf 1 Lehrer an erweiterten Schulen in Gemeinden unter 4000 Einwohnern. Die Regierung berechnet hierfür einen Mehraufwand von 276 000 Mark.

Das Urteil im Offenburger Aufruhrprozess

W.D. Offenburg 7. Febr. Im Durbacher Landfriedensbruch-Prozess wurde heute folgendes Urteil verkündet:

Alfred und Richard Beck wegen Anstiftung acht Monate Gefängnis, Alexander Kühne und Wilhelm Boll je sieben Monate Gefängnis, Robert Krause und J. Sartard sechs Monate Gefängnis, Baten fünf Monate Gefängnis. Sechs Angeklagte erhielten je vier Monate Gefängnis, 44 Angeklagte je drei Monate, drei Angeklagte je zwei Wochen Gefängnis und fünf Angeklagte eine Woche Gefängnis. Der Landwirt Robert Weder erhielt 30 Mark Geldstrafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes. 12 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde Alexander Kühne in Höhe von vier Monaten und Robert Krause von einer Woche angerechnet. Sämtliche Angeklagten erhielten Strafausschuß bis zu drei Monaten Gefängnis einschließend.

In der Urteilsbegründung stellte sich der Gerichtshof auf den Standpunkt, daß die Frage der Amnestie nur in den Fällen als gegeben zu erachten sei, wo es sich um Fälle einer Auseinandersetzung mit den alliierten Regierungen handele, was aber hier nicht in Frage kommt. Bei der Zeugeneinvernahme konnte das Gericht sich nicht überzeugen, daß ein Rechtsputz in Lage als Voraussetzung des Juges in Frage komme. Ohne Zweifel liege Landesfriedensbruch vor. Die Anklage wegen Bildung eines bewaffneten Haufens war für das Gericht gegenstandslos, da die Zahl der Bewaffneten zu gering gewesen sei. Unbefugter Waffenbesitz liege bei denen nicht vor, die nur eine kurze Zeit eine Waffe in den Händen gehabt hätten. Die Maßstabüberschreitung werde bei verschiedenen Angeklagten angenommen. Als strafmildernder Umstand werden die damaligen Verhältnisse angesehen.

nis der breiten Massen nach leichter Unterhaltungskunst, die das bad. Landestheater nicht genügend in seinem Spielplan berücksichtigt, betrieblid werden kann. Nach dem Niveau der gestrigen Aufführung und der gut zusammen getragenen Ausdrucksinheit des Forzheimer Ensembles wäre hier zweifellos die Möglichkeit einer Lösung gegeben. Das Landestheater bringt nach Forzhelm gewichtige ernste Kunst; warum sollte Forzhelm als Gegenleistung nicht hin und wieder solche leichte Kost austauschen? Einem etwaigen Arrangement in diesem Sinne könnte die Kritik nach dem gestrigen Eindruck mit gutem Gewissen zustimmen. S. Sch.

Landestheater. Richard Wagners „Nienzi“, welcher nächsten Sonntag, den 8. Febr. in vollkommener Neueinstudierung zur Aufführung gelangt, dürfte sich zu einem Ereignis der diesjährigen Spielzeit gestalten. Neben der dekorativen Neuausstattung durch Emil Burtard wurden große Aufwendungen zur Hebung der Volksszenen gemacht. Zahlreiche eingeladenen Damen und Herren aus der Stadt haben sich in dankenswerter Weise zur Chorverstärkung bereit gestellt. Im Verein mit dem Theater- und Orchester wird die Zahl der Mitwirkenden alles übertreffen, was bisher an Massen szenen auf unserer Bühne gestanden. Der Latereanchor im 1. Akt der 1. Szene wird vom verstärkten Chorverein (ca. 200 Mitgliedern) unter Leitung von Direktor Philipp gesungen. Die Festantäze im 2. Akt führt der Karlsruher Männer-Turnverein aus. Unter der Spielleitung von Herrn Wulfard und der Musikleitung von Alfred Lorenz wurden für eine möglichst glanzvolle Aufführung keine Mühen gescheut. So muß selbst ein Spieltag (Freitag, den 6. Febr.) zwecks Abhaltung der letzten General-Probe geopfert werden. Hauptpartien: Nienzi Rudolf Walde, Orsini Theodor Heuser, Colonna Dr. Hermann Bucherpfennig, Irene Marie Franz, Adriano Geddy Jacema-Brigelmann, Friedensbote Hete Scherck. — In der nächsten Woche dürfte das zweimalige Gastspiel des russischen Deutschen Theaters „Der blaue Vogel“, dessen vorjähriges erstes Gastspiel hier von so außerordentlichem künstlerischen Erfolge begleitet war, eine besondere Anziehungskraft ausüben. Die beiden Vorstellungen am Donnerstag, dem 12. und Freitag, dem 13. Februar, finden wiederum im Konzerthause statt und werden ein ganz neues Programm zur Aufführung bringen.

Aus der Landeshauptstadt

Von der Luftfahrtausstellung. Da in den letzten Tagen noch verschiedentlich Anfragen wegen Besuchs der Luftfahrtausstellung durch geschlossene Gruppen (Schulklassen und Vereine) an die Ausstellungsleitung gerichtet worden sind, wurde die Verlängerung der Ausstellung bis einschließlich Mittwochabend beschlossen. Vereine und Klassen, die gemeinschaftlich die Ausstellung besichtigen wollen, können sich vorher dort telefonisch (durch das Rathaus) anmelden. Jeden Abend von 8 Uhr ab werden die Filme vom 23. 126, vom Spitzbergenflug und von den Junkersmetallflugzeugen vorgeführt. Auch die Restauration wird gerne besucht. — Gestern wurde zum ersten Male ein Drachen mit einer Radioantenne hochgelassen. Der Empfänger arbeitete daraufhin so stark, daß das Giffelturnkonzert mit 4 Lautsprechern in der Ausstellung zum Vortrag gebracht werden konnte. Es werden nun immer bei genügendem Winde die Antennen am Drachen hochgelassen werden, so daß während der Verlängerung der Ausstellung noch Gelegenheiten gegeben ist, ein Radiokonzert anzuhören.

Der Dagenschießprozeß. Der Prozeß gegen Direktor Bernhard Mele und Genossen wegen unläuteren Wettbewerbs, Untreue usw. (sogen. Dagenschießprozeß) findet nunmehr bestimmt am Montag, den 2. März vorm. 10 Uhr im Schwurgerichtssaale des hiesigen Landgerichts statt.

Im Prozeß Schneider hat die Verteidigung gegen das Urteil der Strafkammer Revision eingelegt.

Schwerer Verkehrsunfall. In der vergangenen Nacht wurde ein hiesiger Malermeister in der Kaiser-Allee, als er auf seinem Fahrrad daherkam, von einem unbeleuchteten Auto von hinten angefahren und überfahren. Der Mann wurde bewußtlos aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht, wo Schädelbein-, Rippen- und Armbrüche festgestellt wurden. Der Kraftwagenführer war davongefahren, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Das Fahrrad des Malermeisters war völlig zertrümmert.

Börsen und Märkte

Wochenchau nach dem Stande vom 5. Februar 1925.

Börse: Die Lage an der Börse war überwiegend matt und das Geschäft sehr schwach. Die Tendenz war von verschiedenen Momenten stark belastet. Sehr unangenehm berührten die verschiedenen Finanzaffären, die zur Zeit von dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß behandelt werden. Weiter beeinflusste die noch anhaltende Verteilung des Geldmarktes die Tendenz empfindlich. Der Grund hierfür ist auch hauptsächlich in den vorsichtigen Dispositionen und der Zurückhaltung der Geldgeber zu suchen. Feinliches Aufsehen erregte vor allem die amtlicherseits noch nicht geklärte Frage der Ruhrkredite. Doch war es weniger die Tatsache der Auszahlung von 645 Millionen Mark an die Ruhrindustrie als Entschädigung für die Ruhrkredite, durch den Reichsfinanzminister, als vielmehr die Art und Weise, die Höhe und die Schnelligkeit der Auszahlung und zwar ohne Wissen des Parlaments, die Anstoß erregte. Man befürchtet nun, daß der Reichstag noch nachträglich auf die Zahlung der Ruhrkampfschädigung Einfluß nehmen und einen Ausgleich herbeiführen werde. Unter dem Druck dieser die Stimmung belastenden Momente schritt das Publikum auf den Aktienmärkten, namentlich in westlichen Montanwerten, stark zu Realisationen und die Kurse bröckelten ziemlich ab. Auf dem Fondsmarkt verstimmt das Vorgehen der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft beim Reichswirtschaftsminister, die sich gegen jede Aufwertung der Hypotheken- und Industrieobligationen über das Maß der dritten Steuernotverordnung hinaus aussprachen.

Geldmarkt: Der Geldmarkt ist ziemlich angespannt. Die Ultimoabwicklung hat große Anforderungen an den Geldmarkt gestellt. Die Finanzstabelle hatten die Kaufkraft stark beeinträchtigt und in ihren Ausleihungen vorsichtiger gemacht. Die Zinssätze zogen an. Tägliches Geld kostete 10 bis 14 Prozent, Monatsgeld 11 bis 13 Prozent, doch scheint der Geldmarkt den Höhepunkt der Anspannung überwunden zu haben, da die erheblichen Realisationen an der Börse die Geldnachfrage verminderten. Die Lage der Reichsfinanzen ist günstig. Das Statjahr 1924 schließt erstmals ohne Defizit ab und kann noch einen kleinen Überschuß buchen. Die Schulden aus der Inflationszeit sind endgültig gedeckt. Der Geldbestand der Reichsbank zeigt eine ständig ansteigende Kurve. Während der Goldbestand Ende 1923 450 Millionen Mark betrug, ist er heute auf über 800 Millionen gestiegen. Auch ihren Devisenbesitz hat die Reichsbank beträchtlich vermehrt. Erfreulich ist die langsame Zunahme der Ausleihungen auf Goldmarkbasis und entsprechende Abnahme auf der Sachwertgrundlage.

Produktenmarkt: Der Produktenmarkt war im Einklang mit den niedrigeren Meldungen aus Amerika abgeschwächt und die Preise wurden beträchtlich herabgesetzt. Die Nachrichten lassen deutlich erkennen, wie stark spekulativ der amerikanische Getreidemarkt eingestellt war. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 252 (minus 21), Roggen 250 (— 20), Sommergerste 275 (— 33), Winter- und Futtergerste 240 (— 20), Hafer 195 (— 3) Mark je pro Tonne und Mehl 37 1/2 (— 1 1/2) Mark pro Doppelzentner, Heu und Stroh notierten in Süddeutschland unverändert mit 7 bzw. 5,5 Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: In der Preisbewegung trat am Warenmarkt nach den Preiserhöhungen vor Weihnachten ein Stillstand ein. Die Reichszinssätze für Lebenshaltungskosten blieb mit 124 unverändert, während der Großhandelsindex nur leicht um 1,9 Prozent auf 140,4 anstieg. Die Lebensmittelpreise blieben ziemlich unverändert. Die Lage der Textilindustrie war infolge der zahlreichen Bestellungen für Frühjahr und Sommer auf das Weihnachtsgeschäft und die Inventurausverkäufe hin befriedigend. Die Baumwollpreise sind gefallen, ebenfalls die Metallpreise. Auf den Häuteauktionen war die Stimmung zurückhaltend, die Preise für Eisen und Kohle blieben fest.

Holzmarkt: Am Nadelstammholzmarkt sind steigende Notierungen zu beobachten. Die Lage am Laubholzmarkt wird nicht ungünstig beurteilt, da viele Unternehmungen im Frühjahr mit größeren Bauprojekten herortreten werden.

Geschäftliches

Bei unserem Rundgang durch die Luftfahrtausstellung finden wir auf dem Stand der Firma Wilhelm Göhler, Motorradbau hier, als erstes ein Sportmodell mit oben gesteuertem Motor der Feder-Werke; dieses Modell ergab, wie aus den Plakaten ersichtlich ist, auf fast jeder großen Rembrandtstellung die ersten Preise; nebenan stehen die Tourenmodelle derselben Werke; ferner finden wir die weltbekannte Mars-Raschine mit Maybach-Motor; an dieser Maschine ist ein schmaler Seitenwagen angebaud der Bekantheit hier; ferner stellt die Firma Göhler als Clou der Ausstellung zwei Imperia Maschinen mit Maybach und Metosacoch-Motor aus; diese Maschinen sind, was Präzision und Technik anbelangt, eine Klasse für sich.

Städt. Konzerthaus

Die Frau ohne Kuß

Zum ersten Mal gastierte das Forzheimer Operettenensemble. Man konnte gespannt sein, ob die von Direktor Max Müller (Schauspielhaus Forzhelm) verpflichtete Truppe den an Fröhlichkeitsprofessionisten zu stellenden Forderungen genügen würde oder nicht. Wenn man zugeben muß, daß der Erfolg des Gastspiels in erster und einziger Linie der Aufführung gutschreiben ist, so ist die Antwort eindeutig gegeben und den Gästen aus der benachbarten Goldstadt attestiert, daß sie den Jubelbetrieb so mancher Sommeropere merktlich — an diesem Abend wenigstens — überboten. Zu Helios „Frau ohne Kuß“ selbst kann man sich jedes kritische Wort erparen. Von der musikalischen Seite her bringt das Werk es allenfalls zu zwei leicht eingänglichen und spritzigen Schlagern, die jedoch schon innerhalb der dreitägigen Operette stark an Duft verlieren und abmatten. Das Textbuch Richard Kehlens, das mit einer hübschen Überraschungsidee einsetzt, hätte immerhin eine feinkörnigere musikalische Illustration gelohnt. Doch scheint es, daß alle unsere sogenannten Operettenkomponisten den Feldmarschall Imagination vergebens zu Hilfe rufen: statt origineller widerlicher Musik hört man immer wieder die gleichen abgedroschenen Reizen. Weißt also die Wiedergabe, die in jeder Beziehung erfreulich und geschloffen zu nennen ist. In sehr gewandten und flüssigem Zusammenpiel boten alle Darsteller wirklich Gutes. Keiner fiel aus dem festgefühten und dezent aufgemachten Rahmen. Stimmliche Frische war allerdings wenig zu hören, doch genügt Leni Hilland (Sotte Lena), Hans Süßenguth (Dr. Dackwig), Max Stojewsky (perischer Prinz) und Ernst Müller (Porträtmaler Sperling). Den gestellten Aufgaben vollauf, während Walter Fischer-Adrian (Habitgeber) stimmlich nur teilweise ausreichte. Die disziplinierte Spielleitung Hans Süßenguths, der manche teigliche Längen vom Expositionsakt an durch feinsche Serze zu verführen wußte, verdient Anerkennung, auch dem unter Kapellmeister Oswalds Leitung musizierenden Orchester ist ein Wort des Lobes zu sagen, obwohl es am ganzen Abend nur die Bedeutung eines etwa von Mäusen abgeknittenen Stummelwanzes hatte und ohne jede Eigenreaktion blieb. Das einmalige Gastspiel war ein Experiment; doch wurde damit die Frage erneut aufgeworfen, wie wohl das Bedürf-

